25.

Die Schlägermensur de lege ferenda.

Von Professor Dr. Ernst Beling in Tübingen.

Eine umfängliche Literatur ist im Laufe der Zeit über die Frage erwachsen, wie sich der Strafgesetzgeber zu der Duellsitte stellen soll: mit welchen Strafmitteln vorgegangen werden soll, ob das Duell als *delictum sui generis* behandelt werden, oder ob nur die im Zweikampf zugefügten Tötungen und Verletzungen als Tötungs- bzw. Körperverletzungsdelikte und eventuell wie geahndet werden sollen, usw. Dabei ist aber, soviel ich sehe, der strafgesetzgeberischen Behandlung der Schlägermensur regelmäßig nur ein Seitenblick vergönnt worden. Und doch ist dieses Problem nicht nur ein durchaus eigenartiges, sondern auch, weit entfernt davon, etwa nur die Kreise der Studierenden zu interessieren, ein tiefeinschneidendes. Es konzentriert sich nicht auf die Frage nach Wert oder Schädlichkeit des Mensurwesens, als ergebe sich aus deren Beantwortung ohne weiteres Richterlaß oder Erlass eines Strafgesetzes. Vielmehr treten, wenn das Verdikt zu Ungunsten des Mensurwesens ausgefallen ist, noch ganz neue Erwägungen in den Gesichtskreis, deren Nichtbeachtung an den Lebensnerv der staatlichen Ordnung selbst rühren würde. Auf solche breite Basis soll das legislatorische Problem im folgenden gestellt werden.

Daß das kommende Strafrecht zu der Frage der Bestrafung oder Nichtbestrafung der Schlägermensur in irgendeiner Weise bestimmt Stellung zu nehmen haben wird, wird keinem Widerspruch begegnen. Die sich an das geltende deutsche StGB. anheftenden Kontroversen: ob § 205 jeden Zweikampf oder nur den Zweikampf mit tödlichen Waffen meine; ob letzterenfalls der Schläger eine tödliche Waffe sei und, bejahendenfalls, ob eine an sich gegebene Tödllichkeit der Waffe — hier des Schlägers — durch die üblichen Schutzvorrichtungen bei der Schlägermensur derart paralysiert erscheine, daß diese als Ganzes kein „Zwei-

kampf mit tödlichen Waffen" sei; verneinendenfalls, ob dann die Mensurverletzungen als Körperverletzungen strafbar seien — alle diese Streitfragen wird man ja wohl nicht verewigen wollen¹⁾.

So haben denn auch der deutsche, der österreichische und der schweizerische Borentwurf Farbe bekannt.

Der deutsche Borentwurf rechnet die Schlägermensur dem „Zweikampf mit tödlichen Waffen“ zu, stellt aber für sie im § 224 mittels folgender Umschreibung einen Strafminderungsgrund auf:

„Hat . . . der Zweikampf unter Vorkehrungen stattgefunden, welche gegen Lebensgefahr zu schützen geeignet und bestimmt waren, so tritt Haftstrafe bis zu einem Jahre ein.

Die Herausforderung zu einem Zweikampf dieser Art und die Annahme einer solchen Herausforderung werden mit Haft bis zu sechs Monaten bestraft.“

Eine ähnliche Haltung nimmt der schweizerische Borentwurf gegenüber der Schlägermensur ein, wenn er der *lex generalis* gegen den Zweikampf — ohne Beisatz der Wendung „mit tödlichen Waffen“ — eine Strafminderungsvorschrift für den Fall anhängt, daß „sich die Kämpfenden durch geeignete Vorkehrungen gegen Lebensgefahr schützen“, § 71; nur lautet hier die geminderte Strafandrohung auf Gefängnis (nach § 29 von 8 Tagen bis zu 2 Jahren), und der für die Herausforderung zum Zweikampf angelegte Strafrahmen wird nicht differenziert, je nachdem es sich um eine Herausforderung zu einem privilegierten oder nicht privilegierten Zweikampf handelt.

Anders Österreich. Zwar enthielt der Kommissionsentwurf von 1906 einen § 275, der zwar „Zweikampf“ und „Mensur“ in begrifflichen Gegensatz stellte, auch die Herausforderung zu einer Mensur straflos ließ, sich sonst aber in gleichen Gleisen bewegte, wie die beiden vorgenannten Borentwürfe:

„Mensur ist der mit einer Stiebwaaffe auszutragende Zweikampf, bei welchem vereinbarungsgemäß gegen den Eintritt schwerer Verletzungen entsprechende Schutzmaßregeln getroffen werden.

¹⁾ Ausdrückliche gesetzliche Regelung fordern mit Recht v. Liszt, Lehrbuch¹⁸⁻¹⁷ § 93 Anm. 8; Hugo Meyer-Alfeld Lehrbuch, § 75 Anm. 51; Hälschner, GerSaal 34, 21; Martin, Jurist. Beurteilung des student. Schlägerbueßs, 40; Kohlrath, Vergl. Darst., Bef. I. 3, 142 Anm. 3, 200; v. Lilienthal bei Aschrott v. Liszt, Reform des StGB. 2, 284.

1. Wer sich zu einer Mensur stellt oder bei einer Mensur in den Kampf einläßt, wird wegen Übertretung mit Haft bis zu 3 Monaten oder an Geld bis zu 1000 K bestraft,

2. wegen Vergehens mit Gefängnis oder Haft von 2 Wochen bis zu 2 Jahren, wenn er seinem Gegner bei der Mensur eine sehr schwere oder eine tödliche Körperbeschädigung zugefügt hat. "

Der Vorentwurf selber bestimmt dagegen in § 310:

„Die Beteiligung an einer Mensur, bei der vereinbarungsgemäß durch entsprechende Schutzmaßregeln der Eintritt erheblicher Verletzungen verhütet werden soll, unterliegt nicht den Bestimmungen über Zweikampf und Körperbeschädigung.“

Es ist lehrreich, die Begründung der verschiedenen Standpunkte kennen zu lernen.

Für die Verfasser des österreichischen Vorentwurfs war die Frage von vornherein nicht die, ob die Mensur als Zweikampf pönalisiert werden solle. „Mensuren sind unter der Herrschaft des geltenden Gesetzes nie als Zweikampf beurteilt worden; denn, besitzt die Mensurwaffe an sich auch die Eignung, tödliche Wunden zu schlagen, so wird diese Eignung doch durch die getroffenen Vorsichtsmaßregeln wieder aufgehoben“²⁾. Und die Nichtbeziehung der Mensur unter den Zweikampf erscheint den Redaktoren auch de lege ferenda so selbstverständlich, daß sie darüber kein weiteres Wort verlieren. „Wohl aber“ — wird fortgefahren — „haben die Gerichte Verletzungen, die auf Mensuren vorfielen, als vorsätzliche Körperbeschädigungen qualifiziert. Der Entwurf glaubte dies ausschließen zu sollen. Es geht nicht an, die Mensur von den Strafbestimmungen über den Zweikampf auszunehmen, sie aber der vielfach strengeren Behandlung nach den Normen über die Körperbeschädigung zu unterwerfen. Die Mensur ist in Wahrheit nichts anderes als ein Waffenspiel, ein Sport, geeignet, in einer weichlicheren Zeit die Jugend bei Männlichkeit zu erhalten: sie ist harmloser als manche anderen Leibesübungen, und es kann als sicher angenommen werden, daß sich bei ihr weniger Unfälle ereignen, als z. B. beim Fußballspiele.“

Methodisch läßt sich gegen diese Art der Begründung nichts einwenden. Fällt das Werturteil über die Mensur nicht zu deren Ungunsten aus, so gelangt man in gerader Linie zu ihrer Frei-

²⁾ Erläuternde Bemerkungen S. 268.

gabe durch die Rechtsordnung und zu Straflosigkeit. Nur insofern ließe sich gegen die Art und Weise der Begründung ein methodisches Bedenken geltend machen, als man bei Folgerungen aus Prämissen, die nicht absolut sicher sind, eine Eventualbehandlung erwartet. So wäre auch hier eine Erörterung des Problems für den Fall, daß das Werturteil über die Mensur gegenteilig ausfalle, am Platze gewesen — eine Erörterung, die sehr fundamentaler Natur ist, wie sich unten zeigen wird.

In seltsamem Kontrast hierzu steht die Methode der Begründung des deutschen Vorentwurfs³⁾. Nachdem auf die dem geltenden Recht anhaftenden Zweifel („tödlische Waffe“ zc.) hingewiesen ist, heißt es:

„Der Entwurf erblickt in einem Zweikampf mit Waffen, die zur Zufügung tödlicher Verletzungen geeignet sind, einen Zweikampf mit tödlichen Waffen auch dann, wenn ihrer tödlichen Wirkung durch Vorkehrungen der bezeichneten oder ähnlicher Art nach Möglichkeit vorgebeugt ist. Denn es handelt sich in diesen Fällen erfahrungsgemäß nicht um solche Schutzmaßregeln, welche tödliche Verletzungen unter allen Umständen ausschließen, sondern stets nur um solche, welche die Wahrscheinlichkeit einer Tötung sehr gering erscheinen lassen. Er sieht daher auch die gewöhnlichen Schlägermensuren und ähnliche Zweikämpfe für Zweikämpfe im Sinne des Gesetzes an, zumal sich nicht leugnen läßt, daß auch in diesen Fällen der Täter sich bewußt ist, mit zur Zufügung tödlicher Verletzungen geeigneten Waffen zu kämpfen.“

Darauf folgt nur noch eine Begründung dafür, daß für derartige Zweikämpfe eine geringere Strafe am Platze sei.

Auch hier ist also auf die fundamentale Frage nach dem pro und contra einer Strafandrohung nicht eingegangen. Ja sogar die fundamentale Vorfrage nach Wert oder Unwert des Mensurwesens ist mit Stillschweigen übergangen; läßt sich gegen die Haltung des österreichischen Vorentwurfs geltend machen, daß er allzu einseitig nur das der Mensur günstige Werturteil, das er teilt, ins Auge faßt, so trifft den deutschen Vorentwurf der Vorwurf, daß er in dieser Hinsicht überhaupt gar nichts erwogen hat. Statt dessen ist die Methode des deutschen Vorentwurfs eine inhaltleere und rein formalistische. Er operiert lediglich mit Begriffen, nicht mit dem Leben. Erst wird ein Paragraph

³⁾ S. 654—655.

gemacht: „Der Zweikampf mit tödlichen Waffen ist strafbar“; dann wird geprüft, ob die Schlägermensur darunter zu subsumieren sei, und für selbstverständlich erachtet, daß die Erwörterung bejahendenfalls nur der Höhe der Strafdrohung gelten könne. Die Unstatthaftigkeit solcher Methode liegt auf der Hand. Wie kann man den „Zweikampf mit tödlichen Waffen“ für strafbar erklären, ohne schon den Umfang dieses Begriffs festgestellt zu haben! Wie kann man ins Blaue hinein einen Begriff aufstellen, um dann nachher sich diesem selbstgeschaffenen Begriff so unterzuordnen, als herrschten die Begriffe über den Gesetzgeber und nicht vielmehr dieser über die Begriffe! So ist die Motivierung des deutschen Vorentwurfs eine gänzlich ungenügende.

Versuchen wir es nunmehr, uns über die Gründe Rechenschaft zu geben, die dafür oder dagegen sprechen, daß sich der Staat gegen das Mensurwesen gegenständig stellt, so finden wir zunächst zu Gunsten des letzteren das Argument, daß die Mensur zur Ertychtigung der Jugend beitrage. Der Fechtsport sei eine gesunde Übung, die ebensosehr körperliche Kräftigung erziele und Gewandtheit und Geschicklichkeit befördere, wie auch auf psychischem Gebiet erziehllich wirke, insofern die Mensur Unterdrückung der Scheu vor Wunden und Schmerzen voraussetze und so zur Übung in Selbstüberwindung und damit zu mannhafter Denkart führe. Ein Resultat, an dessen Herbeiführung nicht nur der Einzelne für sich selbst, sondern auch der Staat ein berechtigtes Interesse habe, und das gerade bei der akademischen Jugend um so wichtiger sei, weil der Akademiker im späteren Leben mehr als gut zur Stubenhockerei und damit zur Hintanzetzung der virtus und der körperlichen Gesundheit verurteilt sei⁴⁾.

Von gegnerischer Seite wird zunächst bestritten, daß die Mensur den ihr beigelegten psychischen Ertychtigungswert habe. Der Entschluß, sich der Klinge zu stellen, wiege nicht schwer, denn die Folgen, denen man sich aussetze, seien zu minimal, als daß eine wirkliche psychologisch wertvolle Selbstüberwindung in Frage stünde.

Die Stählung des Körpers sodann sei nicht sowohl das Ergebnis der Mensur, als der unblutigen Übungen auf dem Fechtboden.

⁴⁾ Vgl. hierzu die Begründung des Österreichischen Vorentwurfs, oben S. 543.

Aber auch wenn man den erziehlischen Wert der Mensur unterstelle, so sei doch vollwertiger Ersatz für sie vorhanden in Gestalt eben der Fechtbodenübungen und sodann der so zahlreichen sonstigen Sports. Das Beispiel Englands beweise, daß eine mannhafte Generation auch ohne die Mensur erzielt werden könne.

Und direkt gegen die Mensur sprächen einmal die wenn auch nicht sehr häufigen, so doch immerhin nicht ausgeschlossenen Todesfälle, denen bei den Mensuren blühende junge Menschenleben zum Opfer fielen; sodann der Aufwand an Zeit, den zum Nachteil für nützlichere Beschäftigungen der Mensursport erheische; endlich die schädlichen psychologischen Nebenwirkungen des Mensurwesens, das zu Renommisterei, Überhebung und Dünkel verleite.

Hierauf replizierend verweisen die Anhänger des Mensurwesens zuvörderst darauf, daß die Fechtbodenübungen als solche, wenn nicht der „Ernst“ der Mensur dahinterstehe, wenn sie also nicht auf Erprobung des Gelernten hinausliefen, ihren „Reiz“ verlieren und auf die Dauer nicht nachhaltig genug betrieben werden würden. Ferner sei, was die Erseßbarkeitsfrage anlange, der Mensursport den anderen Leibesübungen dadurch überlegen, daß er an „Blut und Eisen“ gewöhne. Endlich sei zu befürchten, daß die Unterdrückung des reglementierten Kampfsports nur die Folge haben werde, daß die bei der studierenden Jugend unvermeidlichen Reibungen dann durch ungeregelte Tätlichkeiten zum Austrag gelangen würden, und so der gewiß unerfreuliche „Knüppelkomment“ an die Stelle des sozusagen „anständigen“ Austragsmittels, der Mensur, treten werde⁵⁾, oder auch daß statt der Erledigung von Streitigkeiten im Mensurwege die eigentliche Duellpraxis mehr einreißen werde⁶⁾.

Gegenüber der bedauerlichen Tatsache, daß auch einmal ein Unglücksfall bei der Mensur eintrete, sei darauf Gewicht zu legen, daß nicht allein bei anderen unangesprochenen Sports die Unfälle gleich zahlreich oder zahlreicher seien⁷⁾, sondern hier

⁵⁾ Hierauf legt Liepmann, Duell und Ehre 18 Gewicht; vgl. auch Kronecker, GerS. 35, 236; Abg. Langwerth v. Simmern, Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Reichstags VI. Legisl.-Periode, IV Sess. 1886/7 1, 193. Gegenteilig Abg. Reichensperger ebenda 1, 176.

⁶⁾ So Abg. Langwerth v. Simmern a. D.

⁷⁾ v. Biliethal bei Aschrott-v. Liszt 285 führt Fußballspiel und Rodelfahrten an.

wie allerwärts zu bedenken sei, daß das Interesse an der Erthüchtigung der Jugend überhaupt auch vaterländisch von Bedeutung sei und Opfer dafür in den Kauf genommen werden müßten, nicht anders wie etwa bei der Luftschiffahrt, die der Staat ja auch nicht verbiete, wiewohl sie enorm gefährlich sei.

Ähnlich stehe es mit dem Vorwurf unnötiger Zeitvergeudung. Es handle sich dabei nicht um eine Massenerscheinung, sondern um Übertreibungen, denen natürlich entgegenzutreten sei, die aber nicht gegen die Mensur als solche sprächen. Auch würde jenes Argument eine Bestrafung des Biertrinkens und Kartenspiels bedingen, weil diese Beschäftigungen die Studenten noch weit mehr als die Mensuren vom Studium abzögen⁸⁾. Übrigens seien auch zahlreiche schlagende Verbindungen heute mit Erfolg darauf bedacht, ihre Mitglieder allseitig zu erziehen und zu bilden, wie denn aus ihnen zahlreiche in ihrem Berufe hervorragende tüchtige Männer hervorgingen. Am letzten Ende würde es auch fraglich sein, ob der junge Mann die durch Wegfall der Mensurtätigkeit ersparte Zeit wirklich auf Nützlicheres verwenden werde⁹⁾.

Wenn endlich das Mensurwesen für hochmütiges oder eitles Gebahren verantwortlich gemacht werde, so vergesse man, daß der zu Hochmut oder Eitelkeit neigende Student auch ohne Mensuren hochmütig oder eitel sein, der anders Veranlagte aber durch die Mensurbetätigung wohl zu männlichem Selbstvertrauen, aber nicht zu einer seinem Charakter fremden Überhebung über andere gelangen werde.

Anderer als die im Vorstehenden aufgeführten Argumente wesentlicher Art wird keiner der beiden Standpunkte ins Feld führen können.

Wohl hängen zahlreiche wirtschaftliche Interessen mit dem Mensurwesen zusammen: Pautwichslieferanten, Schwertfeger, Wirte und deren Hilfspersonal, Verbindungsdiener, Fechtlehrer, Droschkenkutscher, sowie eventuell Pautärzte beziehen aus jenem oft sehr erhebliche Einnahmen. Aber wer wollte diese Interessen mit in die Rechnung einstellen? Ist die Schlägermensur an sich wert, verboten zu werden, so fällt dieser ökonomische Faktor gegen

⁸⁾ Kroneder, GerSaal 35, 235.

⁹⁾ Abg. Langwerth v. Simmern a. O.: „Diejenigen Verbindungen, welche keine Schlägermensuren haben, die extravagieren wahrscheinlich ebensoviel. Ja ich behaupte, es ist das studentische Duell im Gegenteil ein Gegengewicht gegen die zunehmende Genußsucht unserer Jugend“.

das Verbot sicher nicht ins Gewicht — so wenig jemand dem Kriege deshalb das Wort wird reden wollen, weil bestimmte Industriezweige aus ihm Profit ziehen können, so wenig wie jemand die Schmuglliteratur deshalb wird geschützt wissen wollen, weil zahlreiche Personen von ihr leben.

Umgekehrt können die äußeren Folgeerscheinungen der Mensuren, die das Publikum eventuell als Unannehmlichkeiten empfindet: das Tragen von Kompressen und Widelbinden, der aus dem Verband ausströmende Karbolgeruch, schließlich die Verunstaltung des Antlitzes nicht als selbständige Gegenargumente gegen das Mensurwesen verwertet werden. Für diesen ästhetischen Faktor gilt vice versa was für den ökonomischen gilt: ist die Mensur an sich staatlicherseits gutzuheißen, so kann das ästhetische Ärgernis nicht zu einer Unterfagung führen (vielmehr wären unter diesem Gesichtspunkte nur Normen am Platz, die das Auftreten der Verletzten in der Öffentlichkeit u. dgl. betreffen).

Aber auch der religiös=ethische Faktor ist auszuschalten. Denn soweit die Mensur als Verstoß wider Religion oder Sittlichkeit empfunden wird, kann dieser Standpunkt entweder rationalistisch motiviert sein, und dann sind es eben die schon angeführten Momente, auf die es ankommt. Oder aber es handelt sich dabei um einen reinen Glaubens= oder Gewissenssatz, den füglich der Einzelne als kategorischen Imperativ für sein eigenes Verhalten einhalten kann, von dem aus aber man zu einem Gesetzgebungspositulat so lange nicht gelangt, als der Staat dem Einzelnen überläßt, sich seine Weltanschauung aufzubauen.

Gilt es nun, die pro und contra angeführten Gründe, soweit sie nicht schon vorstehend außer Ansatz gestellt sind, zu würdigen und gegeneinander abzuwägen, so dürfte zunächst ein Ertüchtigungswert der Mensur nicht zu bezweifeln sein. Gerade wer die Gefährlichkeit der Mensur betont, kann nicht wohl gleichzeitig leugnen, daß sie gewisse Anforderungen an den Mut stellt, und somit eine gewisse Charakterstählung mit ihr verbunden ist. Ein Indiz dafür ist auch, daß es sicher manche junge Männer gibt, die lediglich deshalb der Mensur abhold sind, weil sie es nicht über sich bringen, sich für ihre Person der Waffe auszusetzen. Und daß der Staat ein Interesse an der Erziehung der Jugend im Sinne der Männlichkeit hat, wird keines Beweises bedürfen.

Demgegenüber kann dann die Entbehrlichkeit der Mensur, ihre Ersehbarekeit durch sonstige Leibesübungen auf sich beruhen bleiben. Denn die bloße Entbehrlichkeit für sich allein könnte

nicht zu einem Verbot der Mensur führen. Übrigens würde unter den Mensursurrogaten jedenfalls das bloße Fechtbodenfechten nicht aufzuführen sein, da ihm gerade das wesentliche Moment: die Auffichnahme einer Gefahr, abgeht.

So kommt alles darauf an, ob die direkt gegen die Mensur angeführten Umstände so bedeutsam erscheinen, daß sie den an sich gegebenen Wert dieser Waffenübung überwiegen. Daß diese Umstände, der eine mehr, der andere weniger, jedenfalls schwer ins Gewicht fallen, wird niemand verkennen. Die Gegenerwägungen gegen die Mensur sind an sich genau so berechtigt wie die günstige Einwertung der Mensur an sich es ist. Insonderheit geht es nicht an, deren Gefährlichkeit auf die leichte Achsel zu nehmen. Ist auch die Chance des Eintritts einer schweren Verletzung oder des Todes eines der Pankanten nicht groß, so bleibt doch des Traurigen genug übrig, wenn auch nur hin und wieder ein junges Menschenleben dem Mensursport zum Opfer fällt.

Lassen sich nun aber die gegeneinander stehenden Interessen mit derjenigen Sicherheit gegeneinander abwägen, wie sie für den Erlass eines Verbotsgesetzes erforderlich ist? Ich persönlich möchte das nicht glauben. Handelt es sich doch nicht nur um Interessen, die schon an sich schwer meßbar und vergleichbar sind, sondern auch um Miteinstellung von Chancen, von Möglichkeiten des Eintritts oder Nichteintritts der gewünschten oder befürchteten Folgen, mit einem Wort um die Rechtsfigur der „Freigabe riskanter Handlungen mit Rücksicht auf überwiegende Vorteile“. Und wenn diese Figur heute in der Theorie auch mehr und mehr Beachtung findet, so ist doch gerade die Abwägung der Werte dabei die Stelle, wo die Jurisprudenz sterblich ist. Speziell für denjenigen, der den Ertüchtigungswert der Mensur an sich niedriger einschätzt als ihre Schäden, bleibt immer noch die Frage zu lösen, ob diese letzteren so häufig, die Ertüchtigung durch die Mensur so selten oder so minimal ist, daß das abschließende Urteil gegen diese ausfallen muß; die Mensur muß als Massenerscheinung gewürdigt, das nützliche Gesamtergebnis gegen das schädliche Gesamtergebnis abgewogen werden. An statistischen Unterlagen gebriecht es dabei, abgesehen von der Feststellung des geringen Wahrscheinlichkeitsfaktors für tödlichen Ausgang der Schlägermensur¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Statistikalähnliche Angaben hierüber bei Zimmermann, *VerSaal* 30, 7; Kroneder, *VerSaal* 35, 211.

Dazu kommt, daß es schwer sein wird, einen Beurteiler ausfindig zu machen, der dem Ideal entspräche, mit umfassender Sachkenntnis volle „Voraussetzungslosigkeit“ zu verbinden. Der Akademiker hat, soweit seine Erinnerungen an die akademische Jugendzeit nicht verblaßt sind, er also noch „sachkundig“ ist, wohl meist bewußt oder unbewußt, und mag er noch so sehr nach Objektivität streben, aus jener Zeit her ira oder studium bewahrt. Der Nichtakademiker aber wird kaum in der Lage sein, Wert oder Schädlichkeit anders als auf Grund der Schilderungen von Parteigängern der einen oder anderen Partei und damit nur unvollkommen beurteilen zu können. Namentlich wird er auch, wenn er auf duellgegnerschaftem Standpunkt steht, die Schlägermensur lediglich mit dem Maßstab des wirklichen Duells messen. So abscheulich aber auch das Pistolenduell ist, und so sehr man auch die Säbelmensur der Bekämpfung für wert wird erachten müssen, da sie, namentlich in ihren schweren Formen, die Lebensgefahr allzu nahe rückt, und der Genußgedanke (oder Ehrewiederherstellungsgedanke) schlechthin illusionär ist, so fällt doch die Schlägermensur aus dem Rahmen des „Duells“ heraus. Namentlich wird sie auch von dem Einwande nicht getroffen, daß auch bei ihr der Satisfaktionsgedanke (oder Reparationsgedanke) illusionär ist. Das ist er natürlich; aber auch da, wo es sich nicht um Bestimmungsmensuren, sondern nominell um „Satisfaktion“ handelt, also bei „Kontrahagemensuren“, ist es in Wahrheit das Waffenspiel als solches, das anziehend wirkt. Die sogenannten Beleidigungen, die zu einer Forderung auf Schläger führen, bilden bei Lichte besehen psychologisch nicht den Grund, sondern nur den Anlaß, kampflieh die Kräfte zu messen. Auch der Standpunkt derjenigen Studierenden und Verbindungen, die bei gleichzeitiger Anerkennung der Kontrahagemensuren nur die Bestimmungsmensur vermeiden oder verwerfen, wurzelt nicht sowohl in einem ernsthaften Glauben an sühnende oder ehrewiederherstellende Kraft der Mensur, als in der Auffassung, daß ein Waffengang immerhin ein Waffengang sei und einen „Gegner“, somit einen Anlaß voraussetze, gerade gegen diesen die Waffe zu führen.

Stößt so die objektive Abwägung des pro und contra auf Schwierigkeiten, so wird sich die Gesetzgebung zu bescheiden und von einem Verbot des Mensurwesens Abstand zu nehmen haben.

Allein mit all den bisherigen Erörterungen ist der eigentliche Kernpunkt der Frage nach der Pönalisierung der Schlägermensur

noch gar nicht berührt. Unterstellen wir deshalb für das Folgende, daß jene zu dem Ergebnis geführt hätten, daß der Staat an sich Anlaß habe, sich zu der Mensur in Gegensatz zu setzen.

Erläßt dann der Staat jenes Verbotsgesetz mit angehängtem Strafgesetz für den Zuwiderhandlungsfall, so versteht es sich von selbst, daß das nicht bloß zum Schein erfolgen darf, sondern sämtliche Staatsorgane ernsthaft dazu aufgerufen und angehalten werden müssen, im Rahmen ihrer Kompetenzen die verbotenen Handlungen zu verhüten und, soweit dies nicht gelingt, zu ermitteln und der Bestrafung zuzuführen.

Nach allen diesen Richtungen hin stehen den in Frage kommenden Behörden und Beamten faktisch zahlreiche Möglichkeiten offen. Das Mensurwesen ist eine im vollen Lichte der Öffentlichkeit stehende Gepflogenheit studierender Kreise. Mag auch in manchen Universitätsstädten die Ausfechtung der einzelnen Mensuren mehr oder weniger „geheim“ betrieben werden: die waffenführenden Verbindungen sind jedem Akademiker bekannt, und Unzählige tragen die Spuren der Mensur deutlich erkennbar im Antlitz. Es wäre, zielbewußtes Wollen der Staatsorgane vorausgesetzt, die Möglichkeit gegeben, der studierenden Jugend die Mensuren abzugewöhnen.

Aber man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß den Staat seine Behörden hierbei fast völlig im Stich lassen werden. Daß heute das Mensurwesen so gut wie gänzlich unbehelligt bleibt, und nur hin und wieder einmal eine Verurteilung wegen Teilnahme an einer Schlägermensur erfolgt, mag dabei als nicht beweisend beiseite gelassen werden; die Behörde, die sich heute dem Mensurwesen gegenüber passiv verhält, mag ja immerhin ihre Deckung darin finden, daß die reichsgerichtliche Auffassung von der Tödllichkeit des Schlägers nicht das Gesetz selber sei und als unzutreffend abzulehnen sei, und deshalb könnte die Meinung vertreten werden wollen, daß das alles anders werden werde, wenn erst das Gesetz unzweideutig die Schlägermensur unter Strafe stelle (wiewohl in Wirklichkeit schon jetzt die Praxis bekanntlich Reichsgerichtsjudikate fast immer pro lege zu nehmen geneigt ist!).

Aber man vergegenwärtige sich, welche Folgerungen sich für die Tätigkeit der Staatsorgane im Falle eines durch Strafgesetz akzentuierten Verbots der Schlägermensur einstellen müßten.

Zunächst dürfte keine Universitätsbehörde eine schlagende Verbindung dulden. An alle schlagenden Verbindungen — und welche

das sind, weiß man ja ganz genau, auch wenn in den Statuten kein Wort von Mensuren steht, — hätte die Weisung zu ergehen, das Pauken einzustellen; jeder Studierende, der „Schmisse“ trüge, wäre disziplinarisch zu bestrafen, Verbindungen, die die Waffen gestellt hätten, wären als gesetzwidrige aufzulösen. (Vgl. auch Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 §§ 1, 2.) Und geschähe das alles nicht, so würden die berufenen Organe der Universität, an der Spitze die Rektoren und Disziplinar-Instanzen — ganz abgesehen davon, daß sie möglicherweise als Begünstiger oder Amtsdelinquenten strafbar wären, — jedenfalls im Wege der Beamtendisziplin zu maßregeln sein. Die Teilnahme an einer schlagenden Verbindung wäre direkt strafbar: nach StGB. § 128 insoweit die Verbindung insoheim bestünde oder ihre Mensurtenndenz geheim hielte, nach dem Entwurf § 136 sogar ohne solche Bedingung. Auch die Polizeibehörden dürften dem Mensurwesen gegenüber nicht mehr die Augen zudrücken. Heute beschränkt sich bestenfalls die Überwachung der Stätten, die der Polizei als Mensurlokale bekannt sind, auf eine Scheinkontrolle. Oder aber die Polizeibehörde einer Universitätsstadt wirkt allenfalls dahin, daß nicht die Universitätsstadt selber als Schauplatz gewählt wird, was nur die Wirkung hat, daß die Studierenden die Nachbarorte auffuchen, wo sie unbehelligt bleiben. Verböte das Gesetz die Mensur, und sollte dies Verbot ein ernsthaftes sein, so hätten sämtliche Polizeibehörden die Pflicht, nicht nur die ihnen von selbst zustießende Kenntnis von bevorstehenden Mensuren zu deren Unterdrückung zu bewerten, sondern auch planmäßig Nachforschungen anzustellen, um präventiv einzuschreiten. Untereinander hätten sie Verwaltungshilfe zu diesem Behufe zu begehren und zu gewähren¹¹⁾.

Den trotzdem ausgefochtenen Mensuren gegenüber wäre von Polizei und Staatsanwaltschaft genau so repressiv vorzugehen, wie bei anderen strafbaren Handlungen (Legalitätsprinzip!). Auch in dieser Hinsicht wäre es ein Leichtes, das Nötige zu ermitteln. Durchsuchungen zur Auffindung der Waffen, der Paukbücher mit den Einträgen über stattgehabte Mensuren, des Paukkomments usw. und Beschlagnahme des Paukapparats lägen nicht aus der

¹¹⁾ In der Richtlinie des Mensurverbots würde ferner die gesetzliche Erweiterung der Einziehung des Paukapparats in dem Sinne liegen, daß die Einziehbarkeit ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse für statthaft erklärt würde. Solche Einziehung wäre eine recht wirksame Präventionsmaßregel. Vgl. Anonymus in GoldbArch. 31, 158.

Welt. Durch planmäßige Überraschungen würden sich fortgesetzt viele Studierende auf frischer Tat ertappen lassen; zur Ermittlung der Persönlichkeiten würde sich eventuell die vorläufige Festnahme nach § 127 StPD. darbieten. Selbstverständlich hätte die Strafverfolgung umfassend alle „Teilnehmer“ zu ergreifen, insbesondere die nichtakademischen Gehilfen: Gastwirte, Verbindungsdienner, Aufpasser usw. Jede Lachheit in der Strafverfolgung wäre an den die Augen zudrückenden Beamten nach StGB. § 346 (Vorentwurf § 201², 202) zu ahnden.

Sogar auf dem Gebiete der Beamtenanstellung müßten sich einschneidende Folgen zeigen. Beamter kann wohl derjenige sein und bleiben, der einmal eine nicht besonders schwere strafbare Handlung begangen hat. Aber unmöglich ist es, daß der Staat einen Beamten anstellt, der grundsätzlich bestimmte Gesetzeswidrigkeiten billigt. Das tun aber zum mindesten diejenigen, die „Alte Herren“ einer schlagenden Verbindung sind, wenn anders die Mensur gesetzwidrig ist. Sie wären vom Staatsdienste, der Gesetzhüter, nicht Gesetzesverächter braucht, auszuschließen. Am allerwenigsten dürfte ein Richter oder Staatsanwalt auf seinem Angesicht die Spuren seiner früheren „strafbaren Handlungen“ tragen. Die Anstellung eines so „Gezeichneten“ könnte höchstens dann erfolgen, wenn er eine Art „Modernisteneid“ leistete, ein Glaubensbekenntnis ablegte, daß er sich gründlich innerlich von seiner Vergangenheit losgesagt habe. Weiter dürfte die Anstellung von Universitätssechtlehrern derart, wie es heute geschieht, d. h. im vollen Bewußtsein, daß sie durch Schulung für die Mensur zu Mensuren Beihilfe leisten werden, nicht mehr erfolgen; der Anzustellende wäre zum mindesten zu verpflichten, den Unterricht zu versagen, wo er weiß, daß er der Mensurpraxis dienen soll; und dem Sechtlehrer, der dem zuwidergehandelt hätte oder es auch nur an der Gewissenhaftigkeit der Prüfung hätte fehlen lassen, wäre eine Disziplinierung und eventuell Amtsenthebung sicher.

Genug, alles das hätte zu geschehen, wenn die staatliche Säzung ernst gemeint wäre¹²).

Aber es wird nicht geschehen! Nach wie vor werden Alte Herren schlagender Verbindungen als Staatsanwälte, Richter, Verwaltungsbeamte, bis in die höchsten Staatsstellen hinauf,

¹²) v. Lilienthal bei Aschrott-v. Liszt 285: „Ernst mit § 224 des Entw. machen, hieße ungefähr die Hälfte der deutschen Studierenden regelmäßig in Haft halten.“

auch als Professoren (und damit als Wahrer der akademischen Disziplin) angestellt werden und unbehelligt im Amte bleiben, auch wenn sie dem Mensurwesen offen Sympathie entgegenbringen. Nach wie vor werden die Universitätsbehörden, auch wenn sie das Mensurwesen durchaus mißbilligen, ihm nicht entgegenzutreten, sondern die Augen dagegen schließen. Nach wie vor werden Polizei und Staatsanwaltschaft keine großzügige Prävention und Repression in die Wege leiten.

Wer von dem Erlaß eines Strafgesetzes gegen die Schlägermensur das Gegenteil erwartet¹³⁾, der kennt die Menschennatur nicht, der verkennet vor allem, daß sich die amtlichen Stellen der Beharrungskraft der Mensursitte bewußt sind, daß der Kampf gegen diese nur dann aussichtsreich sein könnte, wenn alle staatlichen Faktoren dabei Schulter an Schulter stünden, und daß die wirklich planmäßige Unterdrückung des Mensurwesens eine Art inneren Kleinkrieg vor allem gegen große Verbände ausmachen würde, der schwerlich tanti wäre. Dieses Bewußtsein wird auch den gewissenhaften Beamten leicht dazu drängen, bei allem Gewissensdruck doch realpolitisch zu denken und sich passiv zu verhalten, wo er von Rechts- und Amtswegen einschreiten müßte.

So wird sich, auch wenn das geduldige Gesetzbuch einen Strafparagrafen aufgedrückt bekommt, an dem gegenwärtigen Zustande gar nichts ändern. Es wird gewissermaßen Behördengewöhnheitsrecht contra legem streiten. Nach wie vor werden jedes Jahr Tausende von Schlägermensuren ausgesprochen werden, und nur hin und wieder wird einmal eine oder die andere Mensur von einem Strafurteil ereilt werden — wohl noch nicht ein pro mille, und dies nur, wie es gerade der Zufall fügt¹⁴⁾. Vollends die große Schar von Verbindungsdienern, von denen alle Welt weiß, daß sie die Waffen auf den Pausplatz schaffen, das Anbandagieren besorgen usw., also Beihilfe leisten, wird man völlig unbehelligt lassen.

Wer es mit staatlicher und rechtlicher Ordnung redlich meint, könnte einen solchen Zustand, in dem das Unrecht, sogar das strafbare Unrecht, sich geradezu zu festen Einrichtungen ver-

¹³⁾ Wie z. B. der anonyme Verfasser des Artikels in *GoldbArch.* 31, 157 f., sowie *Ortloff*, ebenda 337 ff.

¹⁴⁾ Dabei mag noch ganz ignoriert werden, daß voraussichtlich diese Ziffer de facto noch dadurch stark dezimiert werden wird, daß Begnadigung gewährt wird.

dichtet, die im vollen Licht der Sonne dem Recht zum Hohne blühen und gedeihen, nur aufs tiefste bedauern. Durch ihn würde das Gesetz einfach kompromittiert, würde die studierende Jugend von vornherein verleitet, sich in diesem Punkte über das Gesetz hinwegzusetzen. Und wer wollte psychologisch so weltfremd sein, daß er nicht sähe, wie die bestehende Gleichgültigkeit in einem Punkte gegen das Gesetz gefährlich übergreifen und den Sinn für streng gesetzmäßiges Handeln überhaupt schwächen kann?

Wenn heute das Reichsgericht und die ihm folgenden Gerichte zu Predigern in der Wüste werden, und ihre Gesetzesauslegung wedet auf die studierende Jugend Eindruck macht, noch von den übrigen Staatsbehörden tatkräftig unterstützt wird, so mag das für die Autorität jener Rechtsanwendungsstellen abträglich sein, kann aber, weil deren Rechtsauffassung der freien Kritik unterliegt und es niemandem verwehrt ist, ihre Richtigkeit zu bestreiten, nicht als Fiasco einer Rechtsfagung selber aufgefaßt werden. Wenn aber in Zukunft das Gesetz selber seine Autorität gegen die Schlägermensur einsetzen würde, und diese gleichwohl infolge einer Duldung der zu ihrer Unterdrückung berufenen Organe des Staates ungeschwächt fortbauern würde, — würde dadurch der Staats- und Rechtsgedanke nicht heillos unterminiert werden? Würde nicht das Strafgesetz gerade zum Erziehler zur — Gesetzesmißachtung werden? Und welche Empörung müßte sich bei den Mensurgegnern auslösen, wenn sie diese Ungegesetzlichkeiten ruhig passieren sehen? Sie würden mit Recht gegen den Staat erbittert sein, was diesem gewiß nicht zum Vorteil gereichte¹⁵⁾.

Wenn der Staat ein bestimmt geartetes Handeln für unzulässig erklärt, so muß er es notwendig auf der ganzen Linie bekämpfen. Und so gewiß der Staat nicht schon deshalb von dem Erlaß eines als wünschenswert erkannten Verbots- und Strafgesetzes zurückscheuen darf, weil die davon betroffenen Privaten voraussichtlich in Kampfstellung gegen das Verbot verharren werden, so gewiß ist doch, daß der Staat den Kampf nicht

¹⁵⁾ Knapp und zutreffend formuliert v. Lilienthal bei Aschrott v. Liszt 285: „Das allgemeine Rechtsempfinden würde durch die rechtliche Straflosigkeit viel weniger verletzt, als durch die tatsächliche, aber widerrechtliche.“ Die Erbitterung über Nichtanwendung bestehender Rechts ist selbstverständlich ein ganz anderes Ding, als die Unzufriedenheit damit, daß der Staat Anforderungen *de lege ferenda* nicht entspricht.

lediglich als Gesetzgeber mit der Folge aufnehmen darf, daß ihn seine eigenen, zur Gesetzesausführung berufenen Organe dabei im Stiche lassen oder ihm gar in den Rücken fallen. Ist es sicher, daß die *custodes legis* selber versagen werden, sich der Staat als Verwaltungsorganismus um den Staat als Gesetzgeber nicht kümmern wird, so muß diese — geradezu erschreckende — Perspektive notwendig dazu führen, daß das Gesetz lieber schweigt, als daß es als papierene in „Kraft“ (?) tritt. Sonst hätten wir „ordre — contreordre — désordre“. Und mag auch der Zwang nicht begrifflich zum Recht gehören, so ist doch sicher, daß man nicht vollbewußt ein ohnmächtiges Recht schaffen darf.

Ein Rechtsfaß, von dem man im voraus weiß, daß ihn die Staatsorgane nicht durchdrücken werden, ist nur zum Schein erlassen. Und mag es auch der Private mit sich selbst auszumachen haben, ob er einmal ein Rechtsgeschäft vornehmen will, dem die Ernstlichkeit fehlt: dem Staate sind Scheingesetze nie gut bekommen; und wie wollte er es verantworten, daß er vollbewußt die Rechtsgenossen täuscht und dadurch ein ableses Beispiel gibt?

Vielleicht ließe sich der Zustand, daß unter dem Schutze der Staatsgewalt gesetzlich verbotene Einrichtungen fröhlich blühen und gedeihen, dann zur Not beschönigen, wenn es sich um ein Verbot handelt, das eine *lex imperfecta* ohne angehängtes Strafgesetz ist. Ist aber das Verbotsgesetz durch ein Strafgesetz noch besonders dick unterstrichen, und steht dann die Impotenz des Staats nackt und bloß da, so ist dies schlechthin unerträglich: das Fiasco der Gesetzgebung ist dann in der peinlichsten Weise verdoppelt und verschärft.

Und das kann gewiß nicht der Zweck eines Strafgesetzes sein: den Staat um seine Autorität zu bringen. Mag der positive Wert der Strafe sein, welcher er wolle — meiner Meinung nach ist die Bewährung der Staatsautorität direkt Zweck und Maßprinzip für die Anwendung der Vergeltung¹⁶⁾ —, nimmermehr wird einem Strafgesetz das Wort zu reden sein, das keine andere Wirkung hat, als daß es wie ein Scheinwerfer auf die Hohlheit des staatlichen Imperativs grelles Licht wirft und damit die Staatsautorität unheilvoll erschüttert.

So bedarf es für das künftige Recht einer absoluten ausdrücklichen Straßlosstellung der SchlägERMENSUR. Und zwar der

¹⁶⁾ Bgl. meine Vergeltungsidee 36ff.

Schlägermensur schlechthin, nicht der eigentlichen studentischen Schlägermensur allein. Denn man mag es noch so sehr bedauern, wenn studentische Sitten auf Handelshochschulen übergreifen oder gar in Kreisen, die außerhalb jedes akademieähnlichen Verbandes stehen, etwa unter Verbindungsdienern — wie es einmal vorgekommen sein soll — Mensuren geschlagen werden: als ein persönliches Privileg der Studierenden könnte die Erlaubtheit oder Straflosigkeit schwerlich ohne berechtigtes Argerniß ausgeprägt werden. Der Stand darf hier so wenig, wie er in den strafrechtlichen Bestimmungen gegen das wirkliche Duell eine Rolle spielt, von Bedeutung sein.

Wohl würde allen solchen Fechtereien mit Mensurspeeren, die nicht in einer der hergebrachten Mensursitte, also dem üblichen „Paufkomment“ entsprechenden Weise (namentlich ohne die üblichen Binden und Bandagen) ausgefochten würden, der Charakter als „Zweikampf“ abzusprechen sein, und damit ein Teil der außerhalb studentischer Kreise vorkommenden „Mensuren“ je nach dem Ausgang dem Strafgesetz gegen Körperverletzung überantwortet sein. Aber das hätte natürlich auch für Studierende zu gelten, soweit sie etwa von dem Schläger in anderer als der hergebrachten Weise Gebrauch machten.

Was schließlich das Formulierungsproblem anlangt, so würde an sich der einfachste Weg der sein, den Tatbestand des Zweikampfsdelikts von vornherein so auszuprägen, daß er die Schlägermensuren nicht mitumfaßt. Es wäre an sich völlig genügend, wenn die Strafbestimmungen gegen das Duell von dem „Zweikampf mit tödlichen Waffen“ sprächen. Nachdem sich aber unter dem geltenden StGB. erwiesen hat, daß der Begriff der „Tödllichkeit“ einer Waffe verschieden gedeutet wird, und sich sogar die Verfasser des Vorentwurfs in dieser Hinsicht der reichsgerichtlichen Deutung angeschlossen haben, ist dieser Weg natürlich versperret; und auf den Modus, in die Begründung des Gesetzes hineinzuschreiben, daß man den Schläger nicht als tödliche Waffe erachte, wird man hoffentlich nicht verfallen¹⁷⁾. Eher würde man dafür eintreten können, daß die Zweikampfsstrafbestimmungen auf den „Zweikampf mit Pistolen oder Säbeln“ gemünzt würden; und der Einwand, daß dann die in Betracht kommenden Kreise in fraudem legis andere Duellwaffengattungen

¹⁷⁾ Vgl. Binding, *GerSaal* 77, 18 ff.

erfinden würden, würde schwerlich stichhaltig sein, da der Duell= sitte ein großer Konservatismus eigen ist. Oder aber man könnte dem Zweikampfsstrafgesetz einen die Schlägermensur aus dem Begriff des Zweikampfs herausnehmenden Passus einver= leiben („der Zweikampf mit Ausnahme der Schlägermensur wird . . . bestraft“).

Alle diese Möglichkeiten haben aber zunächst ein technisches Moment gegen sich: die den Tatbestand einengende Wendung („mit tödlichen Waffen“, „mit Pistolen oder Säbeln“, „mit Aus= nahme der Schlägermensur“) müßte nämlich in der ganzen Reihe der Paragraphen, die vom Zweikampf sprechen, fortgeschleppt werden. Und wollte man dieses Bedenken dadurch beheben, daß man eine auf die sämtlichen Zweikampfsparagraphen be= zügliche Legaldefinition, die die Schlägermensur aus dem Begriff hinausweist, formuliert, so würde damit noch immer nicht alles gesagt sein, was gesagt sein muß. Denn einmal könnte dann wieder der Streit darüber anheben, ob Landesrecht befugt ist, die Schlägermensur unter Strafe zu stellen; und sodann könnte gar die freilich schwer begreifliche Meinung wieder auftauchen, als seien die bei der Schlägermensur zugefügten Verletzungen nach dem Abschnitt über Körperverletzung zu ahnden; hat doch das Reichsgericht für die Zweikämpfe mit nicht tödlichen Waffen im Sinne des geltenden Gesetzes tatsächlich diesen Schluß ge= zogen!

So bedarf es einer ausdrücklichen Bestimmung, die die Schlägermensuren nicht nur unter den Zweikampfs=, sondern auch unter dem Körperverletzungsgeichtspunkt von Reichswegen für straflos erklärt. Nur dürfte hinwiederum diese Bestimmung nicht bloß auf Straflosigkeit lauten. Denn dann würden sich sofort wieder andere Streitfragen einstellen: ob es sich um einen reinen Strafausschließungsgrund, womöglich um einen bloß persönlichen (Strafbarkeit der Teilnehmer!) handle, oder um welche sonstige Kategorie der Strafbefreiungsgründe. Es würde vor allem der Schluß nahegelegt: der Tatbestand des Zwei= kampfs und der Körperverletzung umfasse die Mensuren mit und diese seien danach implicite verboten und nur nicht straf= bar — wodurch dann die Behörden, voran die Universitäts= behörden, in unnötige Gewissenskonflikte versetzt würden. Des= halb ist auch die im österreichischen Vorentwurf¹⁸⁾ gewählte Formulierung noch zu unbestimmt.

¹⁸⁾ Oben S. 543.

Somit wäre deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß 1) die reichsrechtlichen Tatbestände „Zweikampf“ und „Körperverletzung“ die Mensur nicht mitumfassen; 2) diese überhaupt straflos ist¹⁹⁾. Und zwar sollte das Gesetz dabei ohne Umschweife von der „Schlägermensur“ sprechen. Wozu die unnatürliche Ersetzung dieses Wortes durch die umschreibenden Wendungen „Zweikampf unter Vorkehrungen, welche gegen Lebensgefahr zu schützen geeignet und bestimmt sind“, oder „Zweikampf, bei dem sich die Kämpfenden durch geeignete Vorkehrungen gegen Lebensgefahr schützen“? Wenn der deutsche und der schweizerische Vorentwurf derartige umschreibende Wendungen gebrauchen, so tun sie das offenbar aus dem Bestreben heraus, das Motiv für die Sonderbehandlung der Schlägermensur im Gesetzestext zur Geltung zu bringen. Aber die moderne Gesetzestechnik geht doch dahin, daß der Gesetzestext das Ergebnis direkt und nicht die Motive formuliert! Gemeint ist doch aber eben die Schlägermensur! Dazu kommt, daß das Vorhandensein von Schutzvorkehrungen doch nur eines der Motive darstellt, die dazu führen, die Schlägermensur nicht im Zweikampfbegriff aufgehen zu lassen, und daß die Vermeidung des unmißverständlichen technischen Ausdrucks geeignet ist, Tüfteleien über die Tragweite der ganzen Bestimmung zu erzeugen.

Gegen den gesetzlichen Gebrauch des Wortes „Schlägermensur“ könnte allenfalls ein Einwand erhoben werden: der nämlich, daß sich die studentische Praxis diese Formulierung zunutze machen und — etwa zum Ersatz für Säbelmensuren — neuartige, insbesondere geschärfte Schlägermensuren mit einem höheren Grade von Lebensgefährlichkeit (ohne Binden und Bandagen oder auch nur unter Wegfall eines Teiles der Schutzvorrichtungen oder, was der anonyme Verfasser in Goldb. Arch. 35, 175 befürchtet, mit ungeschliffenen Schlägern sich herausbilden könnten. Indessen ist das — bei der Stabilität der Fechtgepflogenheiten — wenig wahrscheinlich; und will man in dieser Hinsicht ganz sicher gehen, so bietet sich der einfache Ausweg, daß man die Straflosigkeit nicht der Schlägermensur schlechthin, sondern derjenigen verheißt, die in der bisher üblichen Weise ausgefochten wird.

¹⁹⁾ Für Strafloserklärung der Schlägermensur auch v. Liszt a. O.; v. Lilienthal bei Aschrott-v. Liszt 284/5; Piepmann, Duell und Ehre 19; Zimmermann, Ger.Saal 30, 10 (außer bei Eintritt schwerer Folgen); Rddenbeck, Der Zweikampf im Verhältnis zur Tötung usw., 52 (ähnlich); Kronecker, Ger.Saal 35, 234 (ähnlich).

Nach alle dem würde der einschlägige Paragraph etwa dahin zu lauten haben:

Schlägermensuren, die in der bisher herkömmlichen Weise ausgefochten werden, sind straflos. Sie sind insbesondere keine Zweikämpfe im Sinne dieses Gesetzes; die in ihnen zugefügten Verletzungen sind keine Körperverletzungen im Sinne dieses Gesetzes.

Wird solchergestalt „Mensurfreiheit“ proklamiert, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß diese Freiheit zu Mißbräuchen führen kann. Als solche kommen namentlich zwei in Betracht: das Übermaß der Mensurbetätigung und das „Verrufswesen“.

Zunächst ist es ein unverkennbarer Übelstand, wenn der Mensurport die Studienzeit oder auch nur die ersten Semester des Studierenden derart ausfüllt, daß das Studium und andere wünschenswerte Betätigungen darunter Not leiden, zumal dieses Übermaß an Paukereien auch psychologische Gefahren in sich schließt.

Sodann aber darf die gesetzliche Zulassung der Mensur nur dahin führen, daß sich der Einzelne für seine Person auf den Mensurstandpunkt stellen kann, und es muß umgekehrt der mensurgegnerische Standpunkt streng paritätisch nicht minder geschützt sein. Bedauerlicherweise steht es damit heute nicht, wie es sein sollte. Noch steht das „Verrufswesen“ ungeachtet der im Schoße der Studentenschaft selber hervorgetretenen Reformbestrebungen in üppiger Blüte. Einzelne Studierende wie auch ganze Korporationen und womöglich ganze Verbände werden (übrigens sogar solche, die selber eifrig dem Mensurport huldigen) wegen einer vorgefallenen Mensurverweigerung „in Verruf gesetzt“. Dabei variiert die Ausdrucksform: bald wird der Gegner in „Feigheits- und Gemeinheitsverruf“ getan, bald zum „Kneifer“ oder für „nicht satisfaktionsfähig“ erklärt, bald wird — vorfichtiger — erklärt, daß „die studentischen Beziehungen ihm gegenüber abgebrochen werden“, oder daß man ihm fortan nicht Satisfaktion geben werde, u. dgl.

Wo eine derartige Reaktion nur einen Selbstschutz gesellschaftlicher Art gegen wirklich rüpelhaftes Benehmen darstellt, mag man sie insoweit gelten lassen, als sie sich darauf beschränkt, lediglich das Zerschneiden des Tafeltuches zum Ausdruck zu bringen. Wo dagegen der Verruf ein gesellschaftliches Abdrücken wegen Verweigerung der Mensur bedeutet, vollends wo er das

Verhalten des Gegners, das doch gewiß nicht aus Furcht vor persönlicher Gefahr hervorgegangen sein muß, als „Feigheit, Gemeinheit, Kneiferei“ brandmarkt, da verrät sich eine Überhebung, ein pharisäerhafter Zug, unter dem die „nicht schlagenden“ Studierenden schwer zu leiden haben.

Auf diese Mißbräuche — das Übermaß an Mensuren und das Verrufswesen — sollten die Öffentlichkeit sowohl wie die Universitätsbehörden, mehr als bisher geschehen, ihr Augenmerk richten. Und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, daß mindestens die große Masse unserer Studierenden einer Reform nach diesen Richtungen hin innerlich durchaus zustrebt. Jene Mißbräuche werden nur weitergeschleppt, weil sie hergebracht sind, und weil ein isoliertes Vorgehen auf der Bahn der Reform den — so gefürchteten — Schein der „Unschneidigkeit“ erzeugen könnte. Wird von autoritativer Seite, insbesondere von den Rektoren der Universitäten, die Führung übernommen und planmäßig auf die Verbindungen aller Art und aller Universitäten eingewirkt, so wird sich vieles bessern lassen.

Namentlich wird es im Laufe der Zeit gelingen müssen, das Übermaß an Paukereien zu beseitigen. Heute geschieht nach dieser Richtung hin gar nichts: die akademischen Behörden glauben durch die Reichsgerichtsjudikatur vor die Notwendigkeit gestellt zu sein, das Mensurwesen in toto bekämpfen zu müssen, wenn sie sich überhaupt damit befassen; und weil sie jene Konsequenz nicht ziehen mögen, so treiben sie — nicht ganz ehrlich — Vogelstraußpolitik, d. h. sie kümmern sich offiziell überhaupt nicht um das Mensurwesen. Wird in Zukunft die Mensur als solche freigegeben, so kann dann offen und ohne Scheu die Autorität der Universität gegen das „Zuviel“ in die Waagschale geworfen²⁰⁾ und, wenn auch nicht auf einen Streich, so doch allmählich erzielt werden, daß die Mensuren nicht allzu viel Zeit in Anspruch nehmen, und das Interesse an ihnen auf das gehörige Maß beschränkt bleibt.

Mit den Waffen eines besonderen Strafgesetzes dagegen wird hier nicht viel auszurichten sein, weil, so offen auch das Mensurwesen selber geübt wird, die Mißbräuche, namentlich die Verrufspraxis, nicht an der Oberfläche liegen. Auch wird ja die Ver-

²⁰⁾ v. Lilienthal bei Aschrott v. Liszt 284. In demselben Sinne fordert wohl auch v. Liszt, Lehrbuch^{17/18}, § 93 Anm. 8 die Überweisung der studentischen Schlägermensur an die Disziplinargerichtsbarkeit der Universitäten.

rußserklärung selber öfter den Charakter einer strafbaren Beleidigung haben, und wo sie ihn nicht hat, wo also der Berruf in vorsichtige Fassung eingekleidet ist, ein Tatbestand schwer zu formulieren sein.

Empfehlenswert wird es aber immerhin sein, den mensur-gegnerischen Standpunkt strafrechtlich in ähnlicher Weise gegen Nötigung zu schützen, wie dies hinsichtlich des duellgegnerischen Standpunkts im Gesetz geschieht. Denn es ist ganz und gar kein Widerspruch, wenn zwar die Schlägermensur selber freigegeben, die unter Nichtachtung der mensurgegnerischen Gründe erfolgende Preßung zu einer solchen aber unter Strafe gestellt wird. Für den deutschen Vorentwurf käme hier ein Anschluß an § 226 in Betracht. An dieser Stelle kann indes auf dies Problem nicht eingegangen werden, da es mit dem Duellanreizungsproblem zu nahe zusammenhängt.